

Roland Hamm, Christa Klink
Gemeinderatsgruppe *Die Linke*.

Haushaltsrede und Beschlussanträge zum Haushalt 2021

- Es gilt das gesprochene Wort -

Aalen, 19.11.2020

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats,

sehr Damen und Herren, die Sie diese Gemeinderatssitzung als Zuhörerinnen und Zuhörer verfolgen,

das Jahr 2020 war auch in der kommunalpolitischen Verantwortung in hohem Maße von den Herausforderungen der Corona-Pandemie bestimmt.

Deshalb möchten wir uns ganz herzlich bei allen städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für ihre, unter schwierigen Corona-Bedingungen erbrachte Leistung bedanken. In diesen Dank ist selbstverständlich auch die Stadtspitze mit OB Rentschler, den Beigeordneten Steidle und Ehrmann, sowie Frau Faußner als Kämmerin eingeschlossen!

Die Corona Krise trifft politisch gerade die Kommunen besonders hart.

Bereits in den Jahren vor der Krise ging die Schere zwischen Arm und Reich in der Bevölkerung, aber auch in den Städten und Kreisen immer weiter auseinander.

Dies hat sich und wird sich durch die Corona-Krise weiter verstärken.

Transformationsprozesse wie wir sie derzeit in Wirtschaft und Verwaltungen erleben, mit all ihren existenzbedrohenden Auswirkungen, werden diese Entwicklung 2021 und möglicherweise darüber hinaus massiv verschärfen.

Wir brauchen aber handlungsfähige Städte und Kreise, um der Pandemie mit lokalen Maßnahmen zu begegnen! Negative langfristige Folgen, wie sie fehlendes Geld für notwendige Investitionen mit sich bringen, sind zu vermeiden.

Um die Finanzierung der Städte und Gemeinden langfristig gerecht zu sichern sind von Bundes- und Landesregierung entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, insbesondere müssen die Städte und Gemeinden von der Finanzierung sozialer Aufgaben entlastet werden.

Die Corona-Pandemie ist nicht nur eine medizinische Krise, sie bedroht nicht nur Gesundheit und Leben vieler Menschen, sondern sie stellt die ganze Gesellschaft vor eine dramatische Belastungsprobe.

Die Krise trifft die am härtesten, die wenig haben. Viele Menschen erleiden drastische Einkommensverluste.

In zahlreichen Branchen haben Unternehmen keine Aufträge mehr, Unternehmer und deren Beschäftigte aus Gastronomie, Hotellerie, Einzelhandel droht eine existenzielle Wirtschaftskrise. Viele Solo-Selbständige, Mitarbeiter*innen von Kulturbetrieben, Kreativwirtschaft und des Messebaus, Künstler*innen aller Sparten und Honorarkräfte sind durch die Krise unmittelbar in ihrer Existenz bedroht.

In dieser Krise wird sich mitentscheiden, in was für einer Gesellschaft wir leben:

Wird die soziale Spaltung drastischer oder tun wir das Richtige und stellen wir die Menschen in den Mittelpunkt und geben eine solidarische Antwort?

Eine Politik des „Sparens um jeden Preis“ wäre mit Sicherheit die völlig falsche Antwort auf die aktuelle Situation.

Die Linke im Gemeinderat der Stadt Aalen hat den Weg der beschlossenen Haushaltssicherung in 2020 unterstützt, weil dadurch mit Augenmaß zwar Planungen und damit Ausgaben gestreckt, **aber trotzdem auf anspruchsvollem Niveau in unsere soziale, ökologische, kulturelle und wirtschaftliche Stadtentwicklung weiter investiert wird!**

Aus Sicht der Linken im Gemeinderat sind deshalb für das Haushaltsjahr 2021 neben Bildung und Betreuung, die Unterstützung von Wirtschaft, Beschäftigung und Ausbildung, sowie die Schaffung eines ausreichenden Wohnraumangebots weiter zentrale Aufgaben der Aalener Kommunalpolitik!“

Sehr geehrte Damen und Herren,

positiv bei Bildung und Betreuung ist, dass der laufende Haushalt 2020, trotz Haushaltssicherung, rund 130 Millionen € Investitionen in den Schulausbau und den Ausbau der Kita-Betreuung auf den Weg gebracht hat.

Wer Kinder hat oder selbst zur Schule geht, weiß, dass das aktuelle Schuljahr vieles war, aber kein normales Schuljahr. Schulkinder, Eltern und Lehrkräfte tun ihr Möglichstes, um unter diesen schwierigen Bedingungen zu lehren und zu lernen. Und wir ahnen alle, wie der künftige Pandemie-Verlauf den Unterricht weiter beeinträchtigen wird. Statt auf baldige Rückkehr zur alten Normalität zu hoffen, sollten wir die ohnehin sinnvolle Digitalisierung des Lernens jetzt richtig angehen. Aber einzelne Lehrkräfte, oder einzelne Schulen, können nicht im Alleingang die digitale Lernpraxis neu erfinden.

- **deshalb stellen wir den Antrag (Nr.1):**
 - a) **über den Haushalt 2021 und die mittelfristige Finanzplanung sicher zu stellen, dass für digitalen Unterricht notwendige Laptops oder Tablets zur Verfügung gestellt werden. Alle Schülerinnen und Schüler müssen Zugang zu Laptops oder Tablets erhalten. Um den Nachteil von Kindern aus Haushalten ohne Internetanschluss auszugleichen, schlagen wir für diese Schüler*innen vor, Geräte mit SIM-Karten für mobilen Internet-Empfang auszustatten.**

- b) über den Haushalt 2021 sicher zu stellen, dass Klassenzimmer und andere Betreuungsräume, in denen Schüler*innen und Lehrer*innen auf relativ engem Raum zusammenkommen, mit Luftfiltern auszustatten, die virenhaltige Aerosole aus der Luft filtern können, um den Aufenthalt halbwegs sicher zu machen.**

Darüber hinaus regen wir die Einrichtung einer „Task-Force für digitales Lernen“, bestehend aus Fachleuten der Verwaltung und motivierten Lehrerinnen und Lehrern an, die sich für einheitliche Lernplattformen stark macht und die Lehrmaterialien erstellt bzw. zentral bereitstellt.

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist gut, dass es in den letzten Jahren zu einer gemeinsamen, fraktionsübergreifenden Initiative zur Verbesserung für sozial bezahlbarem Wohnraum gekommen ist. Mit dem Aalener Modell zur Wohnraumförderung, mit der Verpflichtung bei privaten Wohnbauinvestoren mindestens 25% für sozialen Wohnungsbau bereitzustellen, mit den zusätzlichen lobenswerten Aktivitäten der Aalener Wohnungsbau sind Schritte in die richtige Richtung eingeleitet. Diese reichen aber bei weitem nicht aus, wie der jüngste Bericht der Aalener Wohnungsbau gezeigt hat. Wenn heute in Aalen mehr als 1000 Menschen, davon rund 70% mit Wohnberechtigungsschein eine bezahlbare Wohnung suchen, macht das deutlich, dass sich die Lage verschärft hat und deshalb dringender Handlungsbedarf besteht!

- **Deshalb stellen wir den Antrag (Nr.2)**
 - a) die Weiterentwicklung des „Aalener Modells“ mit dem Ziel in den nächsten 3 Jahren mindestens eine Verdoppelung des Wohnraumangebots nach dem Aalener Modell zu erreichen.**
 - b) die Aalener Wohnungsbau und die Stadt Aalen werden aufgefordert eine Initiative zu starten und ein Programm zu entwickeln, um mit regionalen Wirtschaftsunternehmen sozial bezahlbaren Wohnraum in Form von Werkwohnungen zu schaffen. Steuerliche Vorteile und ein Programm der Förderbank stehen dafür zur Verfügung.**
 - c) jährlich eine Auswahl geeigneter Flächen, die sich im Eigentum der Stadt Aalen befinden, der Aalener Wohnungsbau subventioniert zu überlassen, mit der Auflage dort zu 100% sozial, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.**
 - d) die Aalener Wohnungsbau wird verpflichtet ihren „Sozialwohnungsbestand“ dauerhaft sozial preisgebunden zu erhalten, analog dem Wiener Modell „einmal Sozialwohnung - immer Sozialwohnung“**

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

im dritten Antragsschwerpunkt wiederholen wir unser Anliegen aus der letzten Haushaltsplanberatung. Auch dieses Anliegen hat an Dringlichkeit zugenommen, um die regionale Wirtschaft, Arbeits- und Ausbildungsplätze in der Coronakrise zu stabilisieren. In arbeitsmarktpolitisch sensiblen Bereichen sollen Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze erhalten werden, die einen ausreichenden sozialen Schutz und ein angemessenes Einkommensniveau gewährleisten. Auf diese Weise sollen Belastungen für die sozialen Sicherungssysteme vermieden werden.

- **deshalb stellen wir den Antrag (Nr.3):**

die Stadtverwaltung stellt sicher, dass bei der Entscheidung/Vergabe öffentlicher Aufträge Kriterien wie Tariftreue, Ausbildungsbetrieb, Vorhandensein eines Personal- oder Betriebsrates berücksichtigt werden. Um regionale Anbieter berücksichtigen zu können, sind entsprechenden Losgrößen auszuschreiben. Bei Vergaben an Generalunternehmen ist sicherzustellen, dass sogenannte Sub- und Sub-Sub-Unternehmen ebenfalls die genannten Kriterien erfüllen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur Entlastung des Haushaltes **stellen wir den Antrag (Nr.4):**

die geplante Maßnahme und die damit verbundenen Kosten für eine Radtrasse auf der „Schättere“ zu streichen

Die Art und Weise, insbesondere die unklare, vorher nicht veröffentlichte Antrags- und Beschlussituation am 08.10 20 im AUST werden nicht zum dem erhofften Ziel führen „einen nunmehr seit drei Jahrzehnten breit ausgetragenen kommunalpolitischen Konflikt zu befrieden“. Im Gegenteil, dieser Beschluss stellt eine Missachtung der Beschlusslage des Unterkochener Ortschaftsrats und der beiden „runden Tische“ gegen die Öffnung des Radverkehrs dar. Ignoriert werden dadurch die Anforderungen und Bestimmungen für das Flora-Fauna-Habitat und Vogelschutzgebiet, gipfelnd in der Planung zum Ausbau mit Verbreiterung des Weges. Ignoriert werden Forderungen, Argumenten und die Rechte von Fußgängern und Menschen mit Behinderungen, die auch wichtige Verkehrsteilnehmer sind.

Mit einem Bruchteil der Kosten für dieses umstrittene Projekt lassen sich die bereits beschlossenen Alternativwege ertüchtigen und sogar Busse für großzügige kostenlose Radmitnahme auf das Härtsfeld finanzieren.

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörer*innen,

Kommunen handlungsfähig zu halten ist auch ein Verfassungsauftrag. Dazu müssen die finanziellen Belastungen der Städte und Kreise durch Maßnahmen

zur Bewältigung der Corona-Krise im Rahmen des Konnexitätsprinzips (Wer bestellt bezahlt) voll gegenfinanziert werden.

Fest steht, die Kommunen sind mehr denn je systemrelevant für unsere Gesellschaft und den Staat als unmittelbares Bindeglied zwischen der „großen Politik“ und den Menschen. Auf die Kommunen kommen aktuell und künftig ungeahnte neue Herausforderungen zu, die sie im Interesse der Bürger*innen und eines sozial verantwortlichen Miteinander lösen müssen.

Solidarität bedeutet in dieser Krise: Niemanden zurücklassen und die Gewinner der Krise, die Multi-Millionäre an der gerechten Finanzierung der Krisenlasten beteiligen.

Und die Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats, die sich gerade vielleicht fragen was diese Forderungen mit der Kommunalpolitik und dem Aalener Haushalt zu tun haben, kann ich nur bitten über zwei Punkte nachzudenken:

Erstens, wie wollen wir unserer lokalen, sozialen Verantwortung gegenüber den Menschen, unserer Verantwortung für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt ohne die notwendigen Finanzmittel gerecht werden. Und zweitens, Kommunalpolitik findet nicht auf einer Insel und in diesen Zeiten schon gar nicht auf einer Insel der Glückseligen statt. Weil Kommunalpolitik systemrelevant ist, müssen wir unsere Stimme erheben und unsere Forderungen gegenüber dem Bund und dem Land geltend machen.

Zum Schluss, liebe Kolleginnen und Kollegen, möchten wir uns nochmals herzlich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung für ihre Arbeit bedanken.

Wir, die Ratsmitglieder der Partei Die Linke registrieren positiv, dass der Haushalt 2021 keine Senkung der Personalkosten vorsieht und damit die Arbeits- und Ausbildungsplätze für das neue Haushaltsjahr gesichert sind. Und das ist gut so, denn auf sie und uns alle warten viele Aufgaben die zu bewältigen sind.

Wir danken der Verwaltungsspitze, vor allem Frau Faußner und ihrem Team für die Erstellung des Haushaltsentwurfs und sind gespannt auf die weitere Beratung der nun vorliegenden Haushaltsanträge.